

(Anträge, die Verbesserung der Lage der
Winzer betreffend.)

Hohe Nationalversammlung!

Unter der französischen Regierung befanden sich die Winzer der preussischen Rheinprovinz in einer guten Lage. Die Weine vom rechten Rheinufer konnten nicht eingeführt werden; die Zufuhr französischer Weine war gering, weil denselben der Weg zur See durch die Engländer abgeschnitten und, zumal für die Weine aus dem südlichen Frankreich, der Landtransport zu kostspielig war. Die Weinpreise in der preussischen Rheinprovinz waren damals durchschnittlich um ein Drittel höher als jetzt; die Grundsteuer von den Weinbergen war weit geringer als die gegenwärtige; eine Weinsteuer bestand nicht, und die Consumtionssteuer auf den Wein drückte nicht auf den Winzer, sondern war eine Luxussteuer, welche von den Wirthen resp. ihren Gästen bezahlt wurde.

Die Verwandlung der Consumtionssteuer in eine Produktionssteuer, welche durch die preussische Gesetzgebung ausgebildet wurde (Einführung der Weinsteuer und Erhöhung der Grundsteuer), darf als ein verfehltes Finanz-

prinzip für die Besteuerung des Weines bezeichnet werden, indem die Last, welche durch die Abschaffung der Consumtionssteuer denen, welche den Wein als Luxusgegenstand verbrauchten, abgenommen, größtentheils dem Winzer, welcher den Weinbau zum Broderwerb treibt, aufgelegt wurde. Der Nachtheil, welchen diese Lage für den Winzer mit sich brachte, wurde aber ausgeglichen durch den Umstand, daß Preußen mit dem Gesetz vom 26. Mai 1818 seine Grenzen auch gegen die übrigen deutschen Staaten abschloß und den Weinbau seiner Rheinprovinz dadurch hob, daß es die Einführung der nicht preussischen Weine mit hohen Zöllen belegte. Das verfehlte Besteuerungsprinzip verlor hierdurch seinen Druck und die Dauer des erwähnten Zustandes bezeichnet die Blüthe des Weinbaues in der preussischen Rheinprovinz.

Von neuen Hoffnungen belebt, bedeckte der eiserne Fleiß des Winzers die noch kahlen Felsen mit edlen Reben, und das Vertrauen auf die Stabilität der kaum gegründeten Zustände schuf am Rhein, Ahr, Mosel, Saar und Nahe großartige Anlagen, bei welchen Fleiß und Ausdauer wetteiferten und keine Geldopfer gescheut wurden. Der Werth der Weinberge stieg, und die Preise, welche der Winzer für seine Weine erlangte, waren so befriedigend, daß es vorkam, daß er Ersparnisse zinsbar anlegen konnte.

Dieser Zustand war aber leider nur von sehr kurzer Dauer; er sollte bald einem andern weichen, welcher alle Vortheile des neuen Systems vernichtete, während alle Nachtheile, welche die Umwandlung der Consumtionssteuer in eine Produktionssteuer für den Winzer mit sich gebracht hatte, bestehen blieben.

Die Zollvereinigungen mit Hessen=Darmstadt vom 14. Februar 1828, mit Baiern, Würtemberg und Baden vom 27. Mai 1829, und mit Nassau vom 10. December 1835, verschafften diesen Staaten die Einfuhr ihrer Weine in die preussische Rheinprovinz und das übrige Preussen gegen eine Ausgleichungssteuer von 1 Thlr. 5 Sgr. per Eimer, d. i. der Betrag, welchen unsere Weine erster Klasse als Weinsteuer zahlen.

Die Folge dieser Verträge war, daß die Weine der genannten Staaten, besonders die geringeren, welche damals in großen Vorräthen aufgehäuft waren, den ganzen Markt der rheinpreussischen Weine überschwemmten und verderben. Alle Lasten des Winzers, auf ganz andere Zustände berechnet, blieben inzwischen bestehen. — Die traurigen Folgen überboten selbst die des schrecklichsten Naturereignisses. Während viele der neuen Anlagen noch gar keinen Ertrag geliefert hatten, fielen die Preise der Weinberge in der Rheinprovinz allgemein, in einzelnen Theilen derselben, wie z. B. an der Mosel, unter die Hälfte ih-

res früheren Werthes, und die gleichzeitige Entwerthung des Grundvermögens und des Ertrags zeigte dem Winzer der preussischen Rheinprovinz die bevorstehende Verarmung, welche die Einbuße aller Vortheile, mit der Beibehaltung aller Lasten, zur nothwendigen Folge haben muß. — Es darf in Erstaunen setzen, daß jene Verträge, welche in der That den deutschen Handel sehr begünstigten, in welchen aber Preußen alle Vortheile der Winzer seiner Rheinprovinz einsetzte, ohne für sie irgend einen Ersatz zu bedingen, nicht zur dringendsten Anforderung werden mußten, die Lage der Winzer in anderer Weise zu berücksichtigen und sie für die Opfer schadlos zu halten, welche sie dem gesammten Handelsstande hatten darbringen müssen. Nicht einmal den Schein hat es für sich, wenn behauptet wird, die erwähnte Ausgleichungssteuer sei in einiger Beziehung der Ersatz für einen Schutzzoll, weil es am Tage liegt, daß die Ausgleichungssteuer eingeführt werden mußte, wenn das Fortbestehen der Weinsteuer in der preussischen Rheinprovinz möglich gemacht werden sollte.

Nicht das mindeste ist für die Winzer der Rheinprovinz geschehen; und, während ihre Opfer der Gesamtheit zum Vortheile gewesen, gehen sie hülflos dem Verderben entgegen.

Die Winzer der Rheinprovinz sind nun nicht so kurz-

sichtig, um nicht zu erkennen, daß der frühere, belobte Zustand auf Grundlagen stand, welche kaum wiederherzustellen sind, und sie sind nicht befangen genug in dem eigenen Interesse, um nicht zu begreifen, daß namentlich an eine Wiederherstellung jener innern Zollschranken nicht zu denken ist. Begeistert für die Einheit Deutschlands, erwarten sie vielmehr die baldige Begräbung aller Zollschranken in Deutschland. Dagegen erwarten sie aber auch von der Gerechtigkeit der Regierungen, daß sie, in Anerkennung der Opfer, welche die Winzer gebracht haben, Bedacht nehmen werden auf die Herbeiführung eines Aequivalents, welches nicht den Charakter einer bloßen Unterstützung haben, sondern geeignet sein wird, die traurige Lage des Winzers in der preussischen Rheinprovinz nachhaltig zu verbessern und ihm die Energie wieder zu geben, welche, in der gewissen Aussicht auf das herannahende Verderben, der Erschlaffung nahe ist. Als geeignete Mittel zur Erreichung dieses Zweckes bezeichnen die Winzer der preussischen Rheinprovinz die nachfolgenden Maßregeln:

1. Abschaffung der Weinsteuer.

Die Weinsteuer ist vom Standpunkte des Staatshaushalts zu verwerfen, vom Standpunkte des mit derselben belasteten Winzers aber als eine ganz ungerechte Steuer abzuschaffen.

In einem geordneten Staatshaushalt müssen Einnahme und Ausgabe vorher veranschlagt und festgesetzt werden. Feststehende Ausgaben können nur durch entsprechende feststehende Einnahmen gedeckt werden, sei es nun, daß die Einnahmen eine für alle Fälle feststehende Summe nachweisen, wie z. B. bei den direkten Steuern, oder einen ermittelten jährlichen Durchschnittsbetrag, wie bei den indirekten Steuern. — Einnahmeposten, auf deren Eingang weder in der einen noch in der andern Art mit einiger Sicherheit zu rechnen ist, sind als zufällige Einnahmen für den Staatshaushalt, der seine Ausgaben regelmäßig decken muß, von sehr untergeordnetem Werth. Eine solche zufällige Einnahme ist die Weinsteuer. Wegen der häufigen Mißerndten und wegen der oft sehr geringen Qualität des erzielten Produkts, fehlt das steuerpflichtige Objekt oft gänzlich, oder dasselbe ist in einem Grade werthlos, daß die Steuer erlassen werden muß. Denn auf fünf Jahre giebt es kaum eines, in welchem in unserem Klima ein guter Wein gezogen wird, und kann selbst in diesen fünf Jahren auf die Erhebung der vollen Steuer eines Jahres nicht mit Sicherheit gerechnet werden, weil die Weinsteuer, wenn sie nicht für den Steuerpflichtigen vollends unbeibringlich sein soll, nur in dem Augenblicke erhoben werden kann, wo er den Wein zu Gelde zu machen Gelegenheit hat (Gesetz vom 28. September 1834). Durch

diese Umstände, deren Richtigkeit auch durch die Erfahrungen des Steuerfiscus bestätigt werden muß, verliert die Weinsteuer ganz den Charakter einer Staatseinnahme, aus welcher die Deckung irgend einer Staatsausgabe mit einiger Sicherheit erwartet werden könnte.

Vom Standpunkte des Winzers ist aber die Weinsteuer eine ganz ungerechte Steuer. Zunächst wird vom Boden, auf welchem der Wein wächst, eine Steuer erhoben, die Grundsteuer. Die Erhebung einer Steuer vom Grund und Boden findet aber ihre Rechtfertigung lediglich darin, daß das Grundstück Früchte trägt, welche, indem sie dem Besitzer zufallen, ihn zu einer Abgabe fähig machen. Ist aber der Grund und Boden besteuert, weil er Früchte trägt, und kann diese Steuer nur von den Früchten entrichtet werden, so ist es eine zweite, durch nichts gerechtfertigte Besteuerung, wenn man die Früchte, in der Hand des Produzenten, einer nochmaligen Besteuerung unterwirft. Die ungerechte Belastung durch die Weinsteuer steigert sich durch die Abgabe, welcher das nämliche Produkt des Bodens als Hefe oder Treber beim Branntweinbrennen unterworfen wird, und die Veranschlagung desselben Gegenstandes erreicht endlich das Unglaubliche, wenn bei der Feststellung der Klassensteuersätze der Weinberg nochmals als Vermögenstheil des Steuerpflichtigen in Betracht kommt.

Wenn im §. 3 des Gesetzes vom 25. September 1830 gesagt ist, daß die Weinsteuer von dem Käufer bezahlt werden solle, so sind das Worte ohne alle praktische Bedeutung. Dies zeigt die ganz einfache Betrachtung, daß bei Händeln, bei welchen der Käufer die Weinsteuer zu entrichten übernimmt, er gerade um so viel weniger Kaufpreis geben wird, während, wenn vertragsmäßig der Verkäufer die Weinsteuer zahlen muß, er gerade den Betrag der Weinsteuer am Kaufpreise verliert. In dem einen wie in dem andern Falle ist daher die Weinsteuer ein Abzug vom Kaufpreise und daher stets zum Nachtheil des Winzers. Das nämliche gilt von der Abgabe beim Verbrennen der Hefe und Treber zu Branntwein. Denn wenn der Branntweinbrenner Hefe und Treber steuerfrei verbrennen dürfte, würde er gerade den Betrag der Abgabe dem Kaufpreise zulegen, oder, was das nämliche ist, der Marktpreis für Hefe und Treber würde um den Betrag der Abgabe steigen. Der Einwurf, daß auch die übrigen Produkte des Bodens, welche zum Branntweinbrennen verbraucht werden, der bezeichneten Abgabe unterlägen, ist zwar thatsächlich richtig, aber zur Widerlegung des Gesagten ganz ungeeignet. Denn Weinhefe und Treber haben nur für die Branntweinbereitung einen Werth, während die andern Produkte zwar zu dem nämlichen Zweck verbraucht werden können, aber, ganz abgesehen von der

Branntweinfabrikation, einen besondern Werth, einen besondern Marktpreis haben, woraus nothwendig folgt, daß beim Verbrennen dieser Produkte die Steuer zum Marktpreise hinzukommt, also den Branntweinbrenner trifft, während bei Hefe und Treber, welche nur zur Branntweinbereitung zu verwenden sind, der Marktpreis durch die Branntweinsteuer gedrückt wird, daher von dem Kaufpreise in Abzug kommt und dem Winzer zur Last fällt.

Wenn dem Verlangen um Abschaffung der Weinsteuer endlich entgegengesetzt wird, daß mit der Weinsteuer auch die Ausgleichungssteuer aufgehoben werden müsse und dann alle Vortheile aus der Aufhebung der erstern wieder verschwinden würden, so dürfen die Winzer der preussischen Rheinprovinz darauf wohl mit großem Rechte erwiedern, daß sie es nicht verschulden, wenn in den bezeichneten Zollvereinigungen nicht allein ihre bisherige gute Lage zum Vorschein gebracht, sondern auch ihr Verlangen um Befreiung von der ungerechten Last der Weinsteuer zum Voraus paralisirt ist. Dieser Umstand zeigt vielmehr nur noch klarer, wie die Interessen der Winzer in jenen Verträgen vernachlässigt sind. Da es nun mit der Idee der Gerechtigkeit absolut unverträglich ist, daß an sich gerechte Anforderungen durch Vertragsverhältnisse, bei welchen sich der Petent nicht betheiligt hat, niedergeschlagen werden sollen, so rechtfertigt sich auch in der zuletzt erwähnten Beziehung das

Verlangen der Winzer, daß die Abschaffung der Weinsteuer bewirkt werde, ohne daß sich an dieselbe eine nochmalige Beschädigung des Winzerstandes knüpfe.

2. Revision des Grundsteuer-Katasters der Weinberge, Dehufs Ermäßigung der Grundsteuer.

Wenn der Nachlaß von 12,000 Thlr. an der Grundsteuer der Weinberge, welchen die Regierung seit Jahren auf die ärmern Winzer vertheilt, aus der Ueberzeugung hervorgegangen, daß die Grundsteuer der Weinberge zu hoch sei, so ist schon damit unumwunden ausgesprochen, daß die bei der Anlegung des Katasters festgestellten Reinerträge, auf welche die Grundsteuer basirt ist, überhaupt unrichtig sind. Eine nähere Untersuchung wird hierüber nicht den mindesten Zweifel übrig lassen, und wird es alsdann wahrlich keines Beweises bedürfen, daß jenes an sich willkürliche, und nur einem Theile der Gutsbesitzer zu statten kommende Nachlaßquantum eine gerechte Ausgleichung nicht bewirken könne. Dergleichen Remissionen, welche bei ihrer Vertheilung öfters nur einzelne Silber Groschen ausmachen, sind außerdem erfahrungsmäßig von keiner erheblichen Wirkung, und diejenigen, welchen sie zu Theil werden, empfinden sie kaum als eine Wohlthat, wenn sie einen präkären Charakter haben. Daß dies auch die Meinung der Regierung sei, und daß sie selbst auf eine förmliche

Revision des Grundsteuerekatasters der Weinberge Bedacht nehme, scheint aus der, in jüngster Zeit angeordneten, Ermittlung der Weinpreise der letzten 60 Jahre hervorzugehen, und tragen die Bittsteller kein Bedenken, auf das Resultat dieser Ermittlungen, welches einen wesentlichen Beitrag zur Feststellung des Reinertrages in den verschiedenen Weinbaubezirken abgeben wird, Bezug zu nehmen.

Es bedarf nun wohl kaum der Bemerkung, daß die sehr verschiedene Qualität der Weinberge und ihres Produkts es mit sich bringt, daß allgemeine Merkmale, aus welchen die Unrichtigkeit der bei Anlegung des Katasters festgesetzten Reinerträge für alle einzelne, zum Weinbau benutzten Grundstücke zu erkennen wäre, nicht nachgewiesen werden können, und daß es vielmehr nur einer umfassenden Revision des Katasters gelingen wird, die Beschwerden in dieser Beziehung festzustellen. Dagegen fehlt es keineswegs an allgemeinen Gesichtspunkten, welche auf die Unrichtigkeit des Katasters überhaupt hinweisen, und wenn sich hieran der Nachweis spezieller Unrichtigkeit für einen einzelnen Weinbaudistrikt knüpft, wird der Antrag „auf Revision des Grundsteuerekatasters der Weinberge“ vollständig gerechtfertigt erscheinen müssen.

Ein Mangel des Katasters besteht zuvörderst darin, daß die Feststellung der Reinerträge der Weinberge in einer Zeit stattfand, in welcher die Weinpreise in der preussischen

Rheinprovinz durchschnittlich um ein Drittel höher standen, als jetzt. Sodann liegt es in der Natur der Sache, daß, wenn es sich von einer bleibenden Grundlage der Besteuerung handelt, wegen der häufigen Mißerndten, der Reinertrag eines Weinbergs nur nach den Durchschnittserträgen und den Durchschnittspreisen großer Perioden bestimmt werden darf. Nachweise, welche in dieser Beziehung genügende Aufklärung dargeboten hätten, lagen aber bei der Anlegung des Katasters nicht vor, wie sich schon daraus ergibt, daß die Regierung dergleichen neuerlich erfordert hat. Eine Vergleichung der für verschiedene Weinberge der nämlichen Qualität festgesetzten Reinerträge stellt ferner als unzweifelhaft heraus, daß, bei Berechnung des Reinertrages, auf die sehr erheblichen Kosten der Unterhaltung bedeutender Mauerwerke nicht die gehörige Rücksicht genommen ist, und die Höhe der festgesetzten Reinerträge läßt überall keinen Zweifel übrig, daß dabei die vielen ertragslosen Jahre, von der neuen Bepflanzung eines Weinberges bis zur wiedererlangten Ertragsfähigkeit, nicht genugsam in Betracht gezogen sind. Nicht selten besteht ein Grundfehler für die Bestimmung des Reinertrages darin, daß der Weinberg einer höheren Klasse zugewiesen ist, als welcher er von Rechtswegen angehört, und dieser Fehler erstreckt sich öfters auf eine Menge von Weinbergen in der Art, daß die untere Klasse, in welche sie gehören, im Kataster der betref-

fenden Gemeinde gar nicht vorkommt. Daß eine Revision des Grundsteuerekatasters der Weinberge diese Thatsachen bewahrheiten, und in ihrem Resultate die viel zu hohe Veranschlagung der Reinerträge der Weinberge überhaupt herausstellen werde, darf um so zuversichtlicher behauptet werden, als der Königlichen Regierung zu Coblenz und dem Königlichen Finanzministerium bereits umfassende Materialien zur Bestimmung der Grundsätze für die Weinbergsschätzungen vorliegen. Diese, nach Anlegung des Katasters gesammelten Materialien, beweisen aber auch wieder auf das überzeugendste, daß es bei der Anlegung des Katasters an feststehenden Grundlagen für die Bestimmung der Reinträge der Weinberge ermangelte.

Wenn wir an die hervorgehobenen allgemeinen Mängel des bestehenden Grundsteuerekatasters der Weinberge ein spezielles Beispiel von der Unrichtigkeit der im Ahrkreise festgesetzten Reinerträge anknüpfen, so ist dabei zu bemerken, daß die Kulturkosten ortsüblich veranschlagt und die Erträge und Durchschnitts-Weinpreise durch sachverständige Personen gewissenhaft ermittelt, weitere Beläge in dieser Beziehung aber für nothwendig nicht erachtet sind, weil hier nur der Antrag auf Revision des Grundsteuerekatasters begründet werden sollte.

In der hier beigefügten, die Ertrags- und Preis-Verhältnisse der Weinberge in der Gemeinde Ahrweiler

darstellenden Uebersicht, ist ein solches Beispiel enthalten, was nach Verhältniß der Lage für alle Gemeinden des Kreises maßgebend ist, und woraus hervorgeht, daß der durchschnittliche Reinertrag der Weinberge sich pro Morgen nur auf sechs Thaler einundzwanzig Silbergroschen sechs Pfennige beläuft, während solcher im Kataster auf das Doppelte veranschlagt ist.

Was insbesondere die Weinberge der untern Klassen betrifft, so liefern die meisten derselben in den geringern Weinjahren bekanntlich fast gar keinen Ertrag, während die Baukosten die nämlichen bleiben, und sind daher hier die Katastral-Reinerträge verhältnißmäßig noch weit höher und für den Winzer drückender veranschlagt.

Nicht minder ungünstig stellt sich das Verhältniß für die Weinberge heraus, wenn man die im Kataster angenommenen Reinerträge der Weinberge mit den Reinerträgen des Ackerlandes vergleicht. Wir verzichten aber auf eine desfallsige nähere Ausführung, und beschränken uns auf die Bemerkung, daß die Reinerträge des Ackerlandes durchgehends um $\frac{2}{3}$ geringer, als jene der Weinberge stehen.

3. Schutz des deutschen Weinbaues durch hohe Bölle auf die Weine des Auslandes und Begünstigung der Ausfuhr deutscher Weine durch Handelsverträge mit den Staaten des Auslandes, welche keinen Wein produziren.

Auf vielen, größtentheils felsigten Bergabhängen, welche sonst fast gar keinen Ertrag liefern würden, wird in Deutschland der Weinbau gepflegt. Seine Erhaltung ist demnach für den deutschen Nationalwohlstand sehr erheblich, wie auch besonders in der Betrachtung hervortritt, daß Deutschland durch seinen Weinbau nicht allein den eigenen Bedarf an Wein decken und deshalb große Summen behalten kann, welche es sonst an das Ausland abzugeben hätte, sondern daß es auch seinen Ueberfluß dem nicht weinproduzirenden Auslande überläßt und dessen Capitalien anzieht.

Der deutsche Weinbau verdient aber den Schutz gegen das Ausland nicht minder, als es denselben für seine Erhaltung unter allen Umständen bedarf. Denn während in den südlichen Klimaten des Auslandes die Rebe gar keiner Pflege bedarf und jedes Jahr reiche Früchte bringt, gedeiht sie in Deutschland, wo sie nicht einheimisch ist, nur unter der sorgfältigsten Behandlung und der mühsamsten Pflege, und, wenn beides angewandt ist, vernichtet das deutsche Klima nicht selten alle Bestrebungen und Hoffnungen des Winzers. Die Lage des

deutschen Winzers unterscheidet sich demnach, dem Winzer des südlichen Auslandes gegenüber, wesentlich dadurch, daß er Arbeitskraft und Kunstfleiß auf ein Geschäft von unsicherm Erfolg zu verwenden hat, während dem Winzer des Südens die Erndte ohne Mühe und regelmäßig zuwächst. Ohne Schutz gegen das Ausland müßte daher der deutsche Weinbau durch die Concurrenz der ausländischen Weine nothwendig vernichtet werden. In Sachen eigentlicher Industrie mag daher darüber gestritten werden, ob man einem Zweige derselben, welcher mit dem Auslande keine Concurrenz halten kann, durch Schutzzölle zu Hülfe kommen, oder ob man ihn abandonniren und die Kräfte der Industriellen auf andere Erwerbsquellen hinweisen soll; — in Sachen des deutschen Weinbaues darf diese Frage gar nicht aufgeworfen werden, weil der deutsche Weinbau mit dem deutschen Boden unzertrennlich verbunden ist, und das Abandonniren desselben und seine Schutzlosigkeit gegen das Ausland einen großen Theil des deutschen Bodens unfruchtbar und eine Quelle des Nationalwohlstandes ganz versiegen machen würde. Hier ist daher der Schutz nach Außen ganz unerläßlich. Diese Nothwendigkeit aus dem Innersten der Sache steigert sich durch die anerkannt traurige Lage des deutschen Winzerstandes, dessen Interessen, wegen mangelhafter Vertretung derselben, in den Handelsverträgen mit dem Auslande und den Zoll-

verhältnissen zu demselben eine genugsame Berücksichtigung bisher nicht gefunden haben. Sowohl von der Nationalversammlung, als von dem Staatsministerium, ist daher mit Zuversicht zu erwarten, daß sie dahin wirken werden,

- a) daß bei der bevorstehenden Begräumung der Zollschranken in Deutschland der deutsche Weinbau durch hohe Zölle auf die fremden Weine gegen das Ausland geschützt, und
- b) daß in allen Handelsverträgen mit dem Auslande, welches keinen Wein produziert, Vereinbarungen getroffen werden, welche die Ausfuhr deutscher Weine in diese Länder erleichtern und begünstigen.

4. Zinsensfreie Ueberlassung einer Summe von 500,000 Thaler auf 30 Jahre, aus Staatsmitteln, zur Errichtung von Creditkassen für die bedürftigen Winzer der preussischen Rheinprovinz.

Wenn, nach dem bisher Ausgeführten, es einleuchtet, wie wichtig die Erhaltung des Weinbaues der preussischen Rheinprovinz für den Nationalwohlstand sei; wenn dargethan ist, daß die Aufopferung des Wohlstandes, in welchem sich die rheinpreussischen Winzer vor dem Jahre 1828 befanden, in den Zollvereinigungs-Verträgen dieser Periode von Seiten Preussens gleichsam eine Leistung gewesen ist, gegen welche von den Nachbarstaaten große Vortheile für den Verkehr überhaupt und namentlich für den Handel erlangt sind; wenn dagegen weder aus den erwähnten Ver-

trügen ein gerechtes Aequivalent für den Weinbau hervorgegangen, noch später auf ein solches in irgend einer Weise Bedacht genommen, und daher erwiesen ist, daß die Calamität des Winzerstandes wesentlich eine Folge der Opfer ist, welche er andern Ständen gebracht hat, so bedarf der Antrag, daß er auf eine vorübergehende Unterstützung aus Staatsmitteln Anspruch habe, wahrlich um so weniger einer weiteren Begründung, als namentlich dem Handelsstande in Zeiten der Noth stets, und noch in der jüngsten Zeit die erheblichsten Beihülfen aus Staatsmitteln zu Theil geworden sind. Es darf nicht auffallen, daß bei der bisherigen ständischen Vertretung die Interessen der Winzer so wenig Fürsprache gefunden haben, weil die Winzer in dem vierten Stande eine verhältnißmäßig kleine Zahl ausmachten, und nur wenige, welche an ihrem Wohnort Weinbau trieben, die Vermögensmittel besaßen, welche eine Bedingung der Wählbarkeit waren. Diese mangelhafte Vertretung hat mit der bisherigen mangelhaften Nationalvertretung aufgehört, und dürfen daher auch die Winzer von der gegenwärtigen Nationalversammlung, als der Vertreterin des ganzen Volkes erwarten, daß ihre Lage eine vorurtheilsfreie, gründliche Erörterung, und ihre Beschwerden gerechte Abhülfe finden, und daß die in Antrag gebrachte Unterstützung aus Staatsmitteln ihnen als ein Aequivalent für die gebrachten Opfer gewährt werde.

Die bewilligte Summe würde auf die verschiedenen Weinbaubezirke der Rheinprovinz verhältnißmäßig zu theilen sein. Die Creditkasse des Bezirks würde dem bedürftigen Winzer, nachdem sein Anspruch und die zu stellende Sicherheit geprüft worden, Darlehen, nicht über 200 Thaler, auf Hypothek geben. Ein mäßiger Zinsfuß und leichte Bedingungen für die Zurückbezahlung der Darlehen würden dem Winzer seine Lasten und Sorgen sehr wesentlich erleichtern, er würde lästige Schulden, welche überall auf ihm lasten, abtragen können, und er würde nicht mehr genöthigt sein von Gläubigern zu borgen, welche nur gegen den höchsten Zinsfuß leihen und durch unzeitige Einforderung der Schuld ihn zwingen, entweder sein Grundeigenthum anzugreifen, oder den gewonnenen Wein um jeden Preis, und wohl an den Gläubiger selbst, loszuschlagen. In der letzten Beziehung wäre noch besonders zu berücksichtigen, daß das baare Geld bei dem bedürftigen Winzer nie rarer ist, als gerade in dem Augenblick, wo er die Fässer bedarf zur Unterbringung seines Weines, und daß er sich nicht selten genöthigt sieht, das Geld zur Anschaffung der Fässer gegen hohe Vergütung zu borgen, wenn dies nicht gelingt, die Trauben um jeden Preis wegzugeben, und wenn auch dies fehlschlägt, den Wein in schlechten Gefäßen zu bergen, welche ein baldiges Verderben desselben herbeiführen.

Aus den eingehenden Zinsen der Darlehen würde demnach ein Fonds gebildet werden, aus welchem zunächst mögliche Capitalausfälle und die unumgänglichen Verwaltungskosten gedeckt, und ein anderer, bestimmter Theil in Zeiten der Noth zur Unterstützung armer Winzer, Behufs Anschaffung von Fässern, verwendet werden dürfte. Aus dem Ueberrest der Zinsen würde ein Fonds für die Amortisirung der Schuld an den Staat angelegt, und darf mit Sicherheit erwartet werden, daß aus dem Tilgungsfond und aus den Capitalbeständen, welche in bessern Zeiten als Darlehen nicht begehrt würden, die Schuld an den Staat in der angegebenen Zeit zurückbezahlt werden kann.

Die Sicherheit des Staates für das Darlehen würde einestheils in dem Umstande beruhen, daß seine Gelder nur auf Hypothek gegeben werden, andernteils in der augenfälligen Gewißheit, daß die möglichen Capitalausfälle und die Beträge zur Unterstützung armer Winzer, Behufs Anschaffung von Fässern, den Capitalfond mit den eingehenden Zinsen zusammengerechnet, unmöglich in der Weise affiziren können, daß am Ende der Darlehnsfrist nicht die volle hergeliehene Summe und wahrscheinlich noch ein erheblicher Ueberschuß übrig sein würde, über welchen der Staat zu verfügen hätte.

B e r e c h n u n g

über

den Ertrag der Weingärten

pro 1 pr. Morgen und pro 1 Jahr

in

Verücksichtigung des Ankaufs-Preises, der Anlagen, Bearbeitungen und
der damit verbundenen Kosten,

so wie

der Durchschnitts-Erzeszens und des Preises auf 48 Jahre, wobei die
6 höchsten und 6 geringsten Preise abgezogen sind.

NB. Das hier aufgestellte Verhältniß und Resultat kann für alle Wein-
gärten an der Uhr als Maassstab dienen, da nach Verhältniß des Kapital-
werthes des Bodens sich auch die Weinpreise stellen.

A. Ankaufspreis von Weingärten vor der Anlage.

D e r W e i n g ä r t e n

Klasse.	Gesamt-Morgen- zahl in der Gemarkung.			P r e i s per Morgen.			Gesamt-Preis aller Weinberge.			Durchschnittspreis per Morgen.		
	Mrg.	Rth.	ß.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.
I.	49	22	30	1950	"	"	95791	17	6			
II.	80	64	10	1300	"	"	104462	28	4			
III.	214	64	85	910	"	"	195067	25	7			
IV.	294	69	10	520	"	"	153079	18	8			
V.	169	50	45	325	"	"	55016	2	8			
Summa	807	90	80		Summa		603418	2	9	747	7	11

B. Reinertrag und Grundsteuer nach dem Cataster.

D e r W e i n g ä r t e n

R e i n e r t r a g

Klasse.	Gesamt-Morgen- zahl in der Gemarkung.			Reinertrag												Grundsteuer im Durchschnitt per Morgen.		
				per Mor- gen.	Gesamt- Reinertrag der Klassen.			im Ganzen.			im Durchschnitt per Morgen.							
	Mg.	Rth.	ß.	Thlr.	Thl.	Sg.	Pf.	Thl.	Sg.	Pf.	Thl.	Sg.	Pf.	Thl.	Sg.	Pf.		
I.	49	22	30	28	1375	14	2	} 9558	26	11	11	25	1	1	17	5		
II.	80	64	10	21	1687	14	7											
III.	214	64	85	14	2999	16	7											
IV.	294	69	10	9	2649	13	7											
V.	169	50	45	5	846	28	„											

C. Verhältniß zu einem vollen Herbste und Weinpreise nach den Jahrgängen 1800—1847 im jährlichen Durchschnitte.

In dem Zeitraume vom Jahr 1800 bis zum Jahre 1847 einschließlich sind im Verhältniß zu einem vollen Herbste gewonnen worden:

a. Sechs volle Herbste.	g. Zwei $\frac{1}{4}$ Herbste
b. Zwei $\frac{8}{10}$ "	h. Zwei $\frac{1}{5}$ "
c. Drei $\frac{2}{3}$ "	i. Zwei $\frac{1}{6}$ "
d. Ein $\frac{6}{10}$ "	k. Sieben $\frac{1}{8}$ "
e. Vier $\frac{1}{2}$ "	l. Fünf $\frac{1}{10}$ "
f. Fünf $\frac{1}{3}$ "	m. Neun Jahre haben gar keinen Ertrag geliefert.

In dem Zeitraume von 48 Jahren haben demnach, die Erträge sämtlicher Jahrgänge zusammengerechnet, $16\frac{19}{40}$ volle Herbste statt gehabt, was durchschnittlich pro Jahr $\frac{659}{1920}$, also kaum $\frac{1}{3}$ Herbst ausmacht.

Nach Abzug der 6 höchsten und der 6 niedrigsten Jahrespreise stellt sich der Durchschnittspreis des Weines für die angegebene Periode, wie solcher nach zuverlässigen Notizen ermittelt worden, pro Dhm à 130 Quart zu

21 Thlr. 2 Sgr. 3 Pf.

D. Anlage der Weingärten.

Zur Anlage werden erfordert 7 Jahre, nämlich 2 Jahre, während denen die Weingärten Brache liegen müssen, und 5 Jahre, nach der Anlage, während denen sie noch ganz ertraglos sind.

Ein Morgen Weingarten kostet vor der Anlage durchschnittlich nach Aufstellung sub Litt. A. 747 Thl. 7 Sgr. 11 Pf.

1) Zinsen von diesem Kapitale à 4% auf 7 Jahre .	209	7	—
2) Pflanzen der Weinreben .	26	—	—
3) Pflege der jungen Pflanzen und zweimaliges Graben des Weingartens, 26 Tage Arbeit à 9 Sgr.	7	24	—
4) 117 Handkarren Dünger incl. Fahren und Eintragen à $7\frac{1}{2}$ Sgr.	29	7	6
5) Grundsteuer nach dem jetzigen Steuersatze à 1 Thlr. 17 Sgr. 5 Pf., für 7 Jahre .	11	1	11

Thlr. 283 10 5

E. Baukosten der Weingärten.

	Thlr.	Sgr.	Pf.
1) 39 Handkarren-Dünger incl. Fahren und Eintragen à $7\frac{1}{2}$ Sgr.	9	22	6
2) 3maliges Graben des Weingartens 39 Tage Arbeit à 9 Sgr.	11	21	—
3) Sticken der Pfähle, $6\frac{1}{2}$ Tage Arbeit à 9 Sgr.	1	28	6
Zu übertragen	23	12	—

	Uebertrag	23	12	—
4) Schneeden, Gärten, 2 maliges Anbinden und Ausbre-	chen, Rippen der Weinstöcke, 78 Tage Arbeit à 6 Sgr.	15	18	—
5) Pfähle incl. Abnutzung derselben		11	2	9
6) Gese- und Kelter-Kosten		6	—	—
7) Grundsteuer nach Aufstellung Litt. B.		1	17	5
8) Die Kosten der Anlage nach Aufstellung sub Litt. D.	wiederholen sich alle 20 Jahre, da nach dieser Zeit durchschnittlich die Weingärten absterben und wieder neu angelegt werden müssen; also $\frac{1}{20}$ der Anlagekosten im Betrage von 283 Thlr. 10 Sgr. 5 Pf.	14	5	—
		<hr/> Thlr. 71 25 2		

F. Ertrag der Weingärten.

	Thlr.	Sgr.	Pf.
Ein Morgen Weingarten liefert im vollen Herbst			
26 Eimer Wein à 60 Quart oder 12 Dhm à 130 Quart			
im Durchschnitte nach Aufstellung C. zu $\frac{659}{1920}$ Herbst			
$4\frac{19}{160}$ Dhm;			
diese kosten zum durchschnittlichen Preise von 21 Thlr.			
2 Sgr. 3 Pf. nach Aufstellung Litt. C.	86	24	1
ab Weinststeuer zum niedrigsten Satze à 25 Sgr. pr.			
Eimer oder 1 Thlr. 24 Sgr. 3 Pf. pr. Dhm von			
$4\frac{19}{160}$ Dhm	7	13	5
7 Thlr. 13 Sgr. 5 Pf.			
NB. (Ein Theil der Weingärten, circa 150 Mor-			
gen steuert pr. Eimer 1 Thlr. 5 Sgr.)			
Faß für $4\frac{19}{160}$ Dhm Wein kostet 8 Thlr.			
für die gänzliche Abnutzung berechnet auf 10 Jahre			
macht jährlich	24	Sgr.	

	ab	8	7	5
	bleiben	78	16	8
ab jährliche Baukosten sub Litt E.		71	25	2
bleibt wirklicher Reinertrag pro Jahr		6	21	6
Der Ueberschuß von 6 Thlr. 21 Sgr. 6 Pf. nach Aufstellung sub				
Litt. F. als Zinsen von dem Kapitale de 747 Thlr. 7 Sgr. 11 Pf. be-				
rechnet, ergibt $\frac{10075}{11209}$ Prozent.				

Berücksichtigt man noch, daß bei dieser gewissenhaften und genauen Aufstellung weder Kelter- noch Herbstgeräthe und Abnutzung derselben, noch das mögliche Auslaufen oder Verderben des Weines, welcher Letzterm Rothwein besonders unterworfen ist, und das bei schweren Gewittern im Sommer, oder bei vielem Regen im Winter oft vorkommende Einstürzen der Mauern in den Weinbergen, nicht mit aufgeführt sind, so wie ferner, daß nach diesem Schein-Vermögen des Weingutsbesitzes die bedeutende Klassensteuer und die Gemeinde-Umlagen vertheilt werden, so wird man nicht verkennen, daß der Weinbau demjenigen, welcher durch Tagelöhner arbeiten läßt, gar nichts oder noch Nachtheil bringt, während der Winzer, der die nöthigen Arbeiten selbst verrichtet, nur ein kärgliches Auskommen hat und gewöhnlich darben muß, da bei den meisten Winzern die Er-
 zuzens ganz oder theilweise durch Creditnahme verzehrt ist, bevor sie ein-
 geherbstet wird.